



Sabine Dittmar
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Eine echte Alternative zum Nebenjob

Sabine Dittmar begrüßt die neuen Regelungen der Ausbildungsförderung

Berlin, 31. Juli 2019

Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-71811
Fax: +49 30 227-76811
sabine.dittmar.ma02@bundestag.de
www.sabine-dittmar.com

Wahlkreisbüro Bad Kissingen

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: +49 971-6994949
Fax: +49 971-6994950
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Haßfurt

Marktplatz 6
97437 Haßfurt
Telefon : +49 9521-5048809
Fax : +49 9521-5048811
sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Berlin/Bad Kissingen/Bad Neustadt/Haßfurt Wenn am 1. August der erste Teil der großen BAföG-Reform in Kraft tritt, dann bedeutet das auch für Schülerinnen, Schüler und Studierende aus der Region deutlich bessere Möglichkeiten und einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit im Bildungswesen. Das teilt die SPD-Bundestagsabgeordnete Sabine Dittmar, die einst auch dank der BAföG-Unterstützung studieren konnte, mit.

„Egal, ob Ausbildung oder Studium: Jungen Menschen müssen alle Wege offen stehen!“ Sabine Dittmar macht klar, dass die neuen BAföG-Regeln, die ab sofort gelten, eine wichtige Wegmarke für eines der wichtigsten sozialdemokratischen Ziele sind: Die Chancengleichheit im Bildungswesen. „Die Leistungen verbessern sich ab dem Wintersemester 2010/2020 deutlich.“

Zudem werden zukünftig wieder mehr Geförderte von den Leistungen profitieren. „Mit den neuen Regelungen ist das BAföG wieder eine echte Alternative zum Nebenjob und ermöglicht es den Geförderten, sich voll auf ihre Ausbildung zu konzentrieren“, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete und legt Schülerinnen, Schülern und Studierenden ans Herz, den BAföG-Antrag zu stellen. „Auch ich selbst habe während meiner Zeit an der Uni vom BAföG profitiert“, berichtet sie. „Ohne die staatliche Unterstützung wäre ein Studium für mich und meine Eltern kaum zu finanzieren gewesen.“

In den letzten Jahren seien immer weniger Schülerinnen, Schüler und Studierende in den Genuss der Unterstützung gekommen. Vor allem steigende Einkommen der Eltern haben dazu geführt, dass junge Menschen keinen Anspruch mehr auf die Leistungen hatten. „Obwohl natürlich gleichzeitig auch die Lebenshaltungskosten gestiegen sind“, stellt Sabine Dittmar fest.

Auch gestiegene Wohnkosten gerade in Hochschulstädten und die Tatsache, dass immer mehr Studierende Kinder erziehen, seien nicht berücksichtigt werden. Komplizierte Antragsverfahren oder die Angst vor Schulden hätten viele junge Menschen davon abgehalten, BAföG zu



beantragen. „Eine umfassende Verbesserung, wie wir sie in der Koalition erreicht haben, war unumgänglich“, stellt Sabine Dittmar fest.

Bei den neuen Regelungen hatten die Sozialdemokraten vor allem eines im Blick. „Ein Studium darf nicht am Geld scheitern“, nennt die SPD-Bundestagsabgeordnete den wichtigsten Auftrag für Gegenwart und Zukunft. „Deshalb sorgen wir dafür, dass mehr junge Menschen Anträge stellen können und wieder mehr Menschen BAföG erhalten.“ Die Einkommensfreibeträge steigen in drei Stufen. Der Freibetrag für das eigene Vermögen von Auszubildenden steigt ebenfalls.

Dazu werden künftig jeweils zu Beginn des Schuljahres beziehungsweise des Wintersemesters die Bedarfssätze erhöht. Der Wohnzuschlag für BAföG-Geförderte, die nicht bei den Eltern wohnen, wird um 30 Prozent angehoben: von derzeit 250 Euro auf 325 Euro. Auch der BAföG-Zuschlag zur Krankenversicherung berücksichtigt künftig die seit der letzten Anpassung gestiegenen Kosten. Außerdem können BAföG-Empfangende, die Kinder erziehen oder nahe Angehörige pflegen, sich über bessere Leistungen freuen. Um Verschuldensängsten entgegenzuwirken, gibt es nun einen Schuldenschnitt nach 20 Jahren, wenn der Kreditanteil nicht zurückgezahlt werden konnte. Insgesamt steigt der Förderhöchstsatz beim BAföG so von 735 Euro auf 861 Euro monatlich.